

## Anmerkungen zum Haushalt 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Vöhringer,

in jeder Krise steckt eine Chance – wenn man diese auch nutzt. Eine Chance haben wir vertan: nämlich den Schock, der durch die immensen Gewerbesteuerzurückzahlungen ausgelöst wurde, zu nutzen, um die Einsicht darin zu stärken, dass die Stadt Sindelfingen gezwungen ist, ihr Leistungsangebot einzuschränken. Auf den ersten Blick sieht der neue Entwurf ganz gut aus: 23 Millionen Einsparungen gegenüber dem ursprünglichen Ansatz. Was steckt aber in Wirklichkeit dahinter? Die gekürzten Haushaltsreste sind einfach weg, die 6,2 Millionen aus dem Vermögenshaushalt sind in die Zukunft geschoben, werden aber mit hoher Wahrscheinlichkeit fällig. Ich denke, dass auch die 6,8 Millionen, die im Investitionshaushalt gestrichen und geschoben sind, uns wieder einholen. Das heißt: der wirkliche Kürzungsbetrag besteht lediglich aus den 2,4 Millionen € im Verwaltungshaushalt.

Wenn man den vorliegenden Haushaltsplan auf seine Schwächen hin analysiert, wird man feststellen, dass in diesem Verwaltungshaushalt auch das Kernproblem der Stadt liegt: er ist für die jetzige und die überschaubar zukünftige Einnahmesituation einfach zu groß. Ich bin nicht sicher, Herr Riegger, ob es wirklich eine gute Nachricht ist, zu verkünden, dass die Vereinszuschüsse unangetastet bleiben. Das liest sich nämlich so, als ob das Thema schon entschieden sei und über die für den Herbst angekündigte Strukturklausur hinausreicht. Auch die Botschaft an die Goldberg- und Viehweidebewohner, die eine Mitfinanzierung des A81-Deckels in Frage stellt, würde ich so nicht treffen. Unsere Forderung bleibt unabhängig vom Haushalt: Wir wollen den Deckel.

Abgesehen von diesem Punkt ist das fatale an diesem neuen Ansatz, dass draußen der Eindruck erweckt wird: es geht halt doch. Und genau das ist das, was wir mit unserer Forderung nach sofortiger Reaktion vermeiden wollten.

Ich räume aber ein, dass ich gewisses Verständnis für die Mehrheit habe, die offenbar Sorge hatte, dass sofortiges Handeln im Angesicht der bevorstehenden Wahlen, ein schwieriges Unterfangen gewesen wäre. Betriebswirtschaftlich aber wäre es der angezeigte Weg gewesen. Wenn wir diese Klausur im Herbst angehen, stehen wir vor zwei Problemen:

- a) Wie kann man den Verwaltungshaushalt auf Dauer verringern
- b) Wie kann man die städtische Infrastruktur den Einkommensverhältnissen anpassen?

Den Verwaltungshaushalt auf Dauer anzupassen wird nur gelingen, wenn wir die Personalkosten deutlich verringern. Wir sehen den Weg dazu in einer gemeinsamen Stadt Böblingen-Sindelfingen, in der beispielsweise ein Vermessungsamt in Sindelfingen und ein Planungsamt in Böblingen die gemeinsamen Aufgaben löst. Der Weg des Zusammenlegens in eine Gesellschaft, der uns beim Krankenhauswesen im Landkreis als der richtige erschien, kann auch hier die Lösung sein. Und, das ist auch klar, es wird dauern, bis wir das erreicht haben, weil wir solche Ansätze nicht auf dem Rücken der Beschäftigten austragen wollen, sondern langfristig denken – aber die Ziele müssen klar sein.

Und eigentlich haben wir das größte psychologische Hemmnis einer Städtegemeinschaft schon überwunden: Wir haben in Kauf genommen, dass es in Zukunft keine Sindelfinger mehr gibt. Es ist doch viel weniger schlimm, ein Böblinger Planungsamt zu nutzen, als sich auf den Weg zur Böblinger Entbindungsstation zu machen.

Langfristig ist der Gedanke des Zusammengehens auch im Infrastrukturbereich richtig. Warum können wir denn nicht eine Zukunft für die Leichtathleten in Böblingen planen und uns die gemeinsame Freibadlandschaft in Sindelfingen denken.

In den letzten Jahren haben wir viele Versuche zu mehr Kooperation unternommen. Die meisten sind gescheitert. Die Sindelfinger schauen natürlich genauso auf Sindelfinger Interessen, wie die Böblinger ihre Vorteile suchen. So wird das nichts. Wir sind mittlerweile zu der Überzeugung gelangt, dass das Pferd vom Kopf her aufzuräumen ist und die Zukunft tatsächlich in der politischen Zielsetzung einer gemeinsamen Stadt liegt.

Ob das so schnell gehen kann, dass Herr Dr. Vöhringer bei der nächsten OB-Wahl in Böblingen kandidieren kann, weiß ich nicht, deshalb noch ein paar Anmerkungen für die Übergangszeit. Was wir anstreben, ist eine dauerhafte Konsolidierung für die Zukunft. Dieses in die Zukunft gerichtete Denken ist aber ohnehin nötig.

Wir finden beispielsweise den Ansatz richtig, das Investitionsprogramm für die Schulen weiterzuführen. Wir fragen aber, ob dieses Investitionsprogramm so langfristig angelegt ist, dass es der wahrscheinlichen Bevölkerungsentwicklung Rechnung trägt. Im Klartext: Wenn die vom Schulamt berechnete und vorausgesagte Entwicklung der Schülerzahlen eintritt, muss der Schulentwicklungsplan dem Rechnung tragen. Dieses Konzept sehe ich noch nicht.

Was ich auch noch nicht sehe, ist die neue Sindelfinger Bescheidenheit, wenn gebaut wird. Die jetzt entstandenen neuen Kreisverkehre zeugen nicht davon. Und wenn unser Oberbürgermeister sagt, neue Bauten sollten einfach aber solide sein, so ist dem zuzustimmen, aber auch zu fragen, ob eine Kindertagesstätte tatsächlich verschränkte Pultdächer braucht.

Wir schleppen seit vielen Jahren einen riesigen Renovierungsstau vor uns her. Wenn ich die Investitionen in viele Außenanlagen sehe, frage ich mich, ob hier die richtigen Prioritäten gesetzt sind.

Oder: Haben wir ein Konzept für den Glaspalast? Auch dieser braucht in wenigen Jahren eine Generalssanierung.

Wie sieht es bei der Galerie aus? Machen wir einfach so weiter und hoffen, dass es irgendwie geht oder treffen wir Entscheidungen für die Zukunft? In unseren Diskussionen wurde die Errichtung einer Marsgalerie vorgeschlagen. Wenn man den Ansatz, Sindelfingen will eine High-Tech-Stadt sein, ernst nimmt, wäre dies diskussionswürdig und aus meiner Sicht sinnvoller als ein Weitermachen auf niedrigem Niveau im Schatten einer übermächtigen Landeshauptstadt.

Herr Riegger hat es gesagt: dies ist ein Übergangshaushalt. Ich habe dies eingangs kritisiert, aber auch Verständig für die Gegenseite gezeigt. Viel wichtiger aber als das jetzige Vorgehen ist die Einsicht, dass wir lernen müssen, weit über Gemeinderatsperioden hinauszudenken und langfristige Entscheidungen zu treffen. Nur dann lassen sich in einer Krise Chancen verwirklichen. Sonst bleibt dies ein Zitat – weiter nichts - und das Hoffen, dass alles besser wird: Das hilft uns aber nichts.

Trotz meiner Kritik erkenne ich die Leistung der Finanzverwaltung an. Sie haben in sehr kurzer Zeit mit sehr viel Einsatz eine respektable Leistung vollbracht. Für die Zielsetzung waren sie nicht verantwortlich.